

Politohr

Der Zuger FDP-Ständerat **Joachim Eder** berichtet, wie er nach der Wahl von **Doris Leuthard** zur Bundespräsidentin 2017 beim «wirklich reichhaltigen Apéro» war, den der Heimatkanton der CVP-Bundesrätin offerierte – also der Aargau, «bekanntlich ein NFA-Nehmerkanton», wie der Zuger bemerkt. Das stösst einem Vertreter des Kirschtorten-Kantons natürlich sauer auf, wenn ein Begünstigter des Nationalen Finanzausgleichs Steuergelder verprasst. Laut Eder sollen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Geberkantone Zug und Zürich deshalb als Revanche «speziell kräftig» zugelangt haben beim durch ihre Transferzahlungen ermöglichten «Apéro riche».



Vor einer Woche hatten wir **Aline Trede** (Foto), der abgewählten grünen Nationalrätin, an dieser Stelle Vergesslichkeit in Sachen Frauensolidarität vorgehalten, weil sie im Kampf ums Berner Stadtpräsidium **Alec von Graffenried** statt **Ursula Wyss** unterstützte. Trede hatte keine

Freude daran und verstieg sich auf Twitter sogar zu einem «Fake-News»-Vorwurf. Tatsächlich hat sie sich inzwischen offiziell für Ursula Wyss ausgesprochen. Nach dem 1. Wahlgang hatte sie allerdings noch getwittert: «Jetzt die zwei besten zur



Stapi-Ausmarkung @fteuscher vs @avongraffenried - Go!» Von Wyss sei darin keine Rede gewesen, weil sie zu diesem Zeitpunkt noch Teuscher unterstützt habe, wie Trede festhält. Sie wehrte sich auf der Redaktion sogar derart vehement «gegen den Vorwurf der fehlenden Frauensolidarität», dass Wyss' Wahl mit ihrem Support nun als fast schon gesichert gelten kann.

Fertig Umfragen, jetzt ist eine Weltreise angesagt. Das hat GFS-Gründer, Politologe und Wahlprognostiker **Claude Longchamp** kürzlich angekündigt. Jetzt hat er auch das Programm zusammen: «Start in Europa, historische Recherchen im Burgund, in Italien und in der Ukraine. Ursprünglich auch in der Türkei, wahrscheinlich verzichte ich aber darauf. Dann lange Zugfahrt von Moskau nach Peking in verschiedenen Abschnitten. Per Schiff nach Australien. Zu Weihnachten 2017 in Tasmanien. Rückkehr über den Pazifik und Atlantik. Wenn ich fit bin, schwimmend...», erzählte Longchamp der Sonntagszeitung. Umfragegeschädigte Parteipräsidenten können aber nur kurz aufatmen. Denn Longchamp schob nach: «Start am 21.6.17, Dauer 8-9 Monate». Jeder einigermassen mathematikbegabte Politiker stellt fest: Das reicht, um vor den nächsten Wahlen zurück zu sein.



Sommaruga bereitet grosse EU-Abstimmung vor

Das Volk soll schon bald die Bilateralen in der Verfassung verankern

Denis von Burg und Pascal Tischhauser

Bern Eigentlich hatte sich der Bundesrat am nächsten Freitag ins Wochenende verabschieden wollen. Jetzt fallen Überstunden an: eine Sondersitzung zur Rasa-Initiative. Dieses Volksbegehren, getragen von Staatsrechtlern und Kulturschaffenden, will die Bestimmungen der Masseneinwanderungsinitiative wieder aus der Verfassung streichen.

Die Angst, eine solche Abstimmung zu verlieren, ist im Bundeshaus gross. Deshalb wollte man der Initiative lange bloss einen weichen Gegenvorschlag gegenüberstellen, der nur die Forderung nach Kontingenten oder Einführungsfristen relativiert hätte. Damit, so glaubte man, könnte eine Grundsatzabstimmung umgangen werden. Jetzt hat Justizministerin Simonetta Sommaruga aber offensichtlich ihre Strategie gewechselt. Sie drückt aufs Tempo und strebt eine grosse Europaabstimmung an.

Noch vor der Bundesratssitzung vom Freitag will sich Sommaruga gemäss mehreren Quellen mit den Initianten treffen, um von ihnen die Zusage für den Rückzug ihrer Initiative zugunsten eines Gegenvorschlags zu erhalten.

Das Drehbuch für den Europa-Showdown ist geschrieben

Der Rechtsprofessor und Rasa-Initiant Thomas Geiser umreist die Voraussetzungen für einen Rückzug wie folgt: «Ein Gegenvorschlag muss erstens die Verpflichtung enthalten, das Personenfreizügigkeitsabkommen zu respektieren, und zweitens muss er bessere Chancen beim Stimmvolk haben als Rasa.» Dann sei ein Rückzug möglich, sagt er.

Damit zeichnet sich das Szenario ab: Am Freitag fällt der Bundesrat einen Vorentscheid zum Rasa-Gegenvorschlag. Gleichzeitig wird die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ratifiziert und so die Vollmitgliedschaft beim Forschungsabkommen «Horizon 2020» ermöglicht. Bereits am Mittwoch darauf konkretisiert der Bundesrat seinen Rasa-Entscheid und schickt ihn in eine verkürzte Vernehmlassung, um den neuen Europaartikel im Frühling definitiv zu beschliessen.

Erhält die Justizministerin im Bundesrat und später im Parla-



Will von den Rasa-Initianten die Rückzugsbedingungen wissen: Simonetta Sommaruga

Foto: Keystone

ment Unterstützung für ihren Gegenvorschlag, beerdigen die Rasa-Promotoren die Initiative.

So kommt es Ende 2017 oder Anfang 2018 zum grossen europäischen Showdown: Die Stimmbürger entscheiden, ob sie nicht nur die Debatte um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beenden, sondern auch die bilateralen Verträge in der Verfassung festschreiben wollen. Die Fortführung des bilateralen Wegs würde so zur Maxime der Schweizer Aussenpolitik.

Ganz einfach dürfte eine solche Abstimmung freilich nicht zu ge-

winnen sein. Für diese Verfassungsänderung bräuchte es nicht nur das Volksmehr, sondern auch die Mehrheit der Kantone. Doch zunehmend halten Politiker eine solche Flurbereinigung für notwendig. Sie machen Druck auf Sommaruga, den Grundsatzentscheid herbeizuführen.

Die Frage müsse lauten: «Bilaterale ja oder nein?»

Für Anfang Woche haben sich die Ständeräte Andrea Caroni (FDP) und Hans Stöckli (SP) bei der Justizministerin angemeldet, um sie «zu diesem Schritt zu ermutigen».

Caroni: «Die Verfassung soll klarstellen, dass wir die Zuwanderung im Rahmen unserer internationalen Pflichten steuern sollen.» Und Stöckli: «Eine Europaabstimmung ist unumgänglich.» Er sei überzeugt, gewinnen zu können, wenn man die Frage «Bilaterale ja oder nein?» zum Thema mache, meint er. Darauf zu warten, dass die SVP ihre bereits geplante Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit lanciert, hält der Bieler für falsch. Denn dann kämpfte man wie bei der Masseneinwanderungsinitiative aus der Defensive heraus und riskiere zu verlieren.

Länger arbeiten mit Peter Wanner

Die Pensionskasse der «Aargauer Zeitung» erhöht das Rentenalter auf 66. Die Gewerkschaft ist alarmiert

Baden «Länger arbeiten? Nein, danke!» titelte die «Aargauer Zeitung» im Mai. Die Schlagzeile zur Rentenaltererhöhung liest sich wie ein vorweggenommener Appell der Journalisten an ihren Verleger. Vor wenigen Tagen flatterte der Belegschaft ein Schreiben der AZ-Pensionskasse ins Haus. Darin wird angekündigt, das ordentliche Rücktrittsalter «in vier Schritten bis 2021» für Männer und Frauen auf 66 Jahre zu erhö-

hen. Andere Beschlüsse auf dem Papier, das der Sonntagszeitung vorliegt, sind die Senkung des Umwandlungssatzes und die Erhöhung der Sparbeiträge.

Der Stiftungsrat der Vorsorgeeinrichtung, dem auch Verleger Peter Wanner angehört, argumentiert mit der drohenden Schiefelage der Pensionskasse: «Die Menschen sind gesünder und leben länger.» Und die Kapitalerträge an den Finanzmärkten seien «beschei-

den». Das Familienunternehmen ist auf Sparkurs; jüngst wurde offenbar entschieden, die «Schweiz am Sonntag» mit der AZ-Samstagsausgabe zu fusionieren. Dazu kommen Verluste für das Onlineportal Watson.

Komplizierte Umsetzung, aber ein Spareffekt

Rechtlich ist die Reform unproblematisch: Innerhalb der obligatorischen Vorsorge bis zu einem Ein-

kommen von 84 600 Franken ist das Austrittsalter von 65 Jahren für Männer und 64 Jahren für Frauen gesetzlich verankert. Beim darüber hinausgehenden Bereich sind die Pensionskassen frei, wie Arbeitsrechtler Thomas Geiser von der Hochschule St. Gallen erklärt. Die Umsetzung gestaltet sich aber «kompliziert»: Ein 65-jähriger Angestellter würde demnach bis zu seinem 66. Geburtstag bereits die AHV und den obligatorischen Teil

der zweiten Säule beziehen – dann käme der überobligatorische Teil hinzu, worauf die verschiedenen Verzinsungen aufeinander abgestimmt werden müssten. «Aber ein Jahr weniger Rente auszusahlen, ergibt einen Spareffekt», so Geiser.

Auf Anfrage teilt Peter Wanner mit, dass die AZ-Pensionskasse das Rentenalter per 2018 auf 66 Jahre angepasst habe, weil man von einer gesamtschweizerischen Erhöhung per Gesetz auf diesen Zeitpunkt

hin ausgegangen sei. Ob der Verlag nun «autonom und vorzeitig» das Rentenalter anheben werde, sei darum «noch offen», so Wanner weiter. Der Verwaltungsrat werde im Februar 2017 darüber entscheiden. Marco Geissbühler, Regionalsekretär der Gewerkschaft Syndicom, ist besorgt. Er sagt: «Wir sind in engem Kontakt mit unseren Mitgliedern und werden uns um die Fragen kümmern.»

Reza Rafi